

# **APS- Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmungen vom 15. Mai 2022**

**Zwischenstand vom 05.05.2022**

Anja Heidelberger und Marc Bühlmann, 05.05.2022

---

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Danksagung

Die Autorin und der Autor der vorliegenden Studie bedanken sich beim APS-Team für die aufwändige Sicherstellung und Codierung der Zeitungsartikel und Inserate: Marco Ackermann, Amando Ammann, Mathias Buchwalder, Bernadette Flückiger, Karin Frick, Marlène Gerber, Giada Gianola, Christian Gsteiger, Elia Heer, Sarah Kuhn, Chloé Magnin, Hans-Peter Schaub, Joëlle Schneuwly, Karel Ziehli und Guillaume Zumofen.

## Bevorzugte Zitierweise

Heidelberger, Anja und Marc Bühlmann (2022). APS- Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmungen vom 15. Mai 2022. Zwischenstand vom 05.05.2022. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

## ZUSAMMENFASSUNG

*Die Auswertung von Année Politique Suisse zu den Abstimmungen vom 15. Mai 2022, elf Tage vor dem Urnengang, zeigt eine vergleichsweise geringe bis sehr geringe Anzahl Inserate und eine eher unterdurchschnittliche Zeitungsberichterstattung zu den drei Vorlagen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes bezüglich Frontex, Änderung des Transplantationsgesetzes, Änderung des Filmgesetzes).*

*Interessantestes fördert ein Vergleich sowohl der Inseratekampagnen als auch der Zeitungsberichterstattung zur letzten Vorlage im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes, der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie 2019, zutage. Damals wurde in den Inseraten deutlich stärker explizit vor einem Ausschluss der Schweiz aus Schengen/Dublin gewarnt als beim Frontex-Referendum. Bei der aktuellen Pro-Kampagne heben die Befürworterinnen und Befürworter zwar erneut die Vorteile von Schengen hervor, verweisen aber nur implizit auf deren Zusammenhang mit der Frontex-Vorlage. Sehr ähnlich sieht dies beim Vergleich der Zeitungsberichterstattung aus. Auch hier wird bei der Waffenrichtlinie wesentlich häufiger vor negativen Auswirkung eines Neins auf die Beziehungen Schweiz-EU gewarnt als bei Frontex.*

## ANALYSE DER INSERATE SOWIE DER BERICHTERSTATTUNG DURCH ANNÉE POLITIQUE SUISSE

Seit 2013 untersucht Année Politique Suisse an der Universität Bern die Kampagnentätigkeit im Vorfeld eidgenössischer Abstimmungen. Konkret werden Zeitungsinserate aus 52 Printmedien während acht Wochen vor dem Abstimmungstermin gesammelt und analysiert. Die bisher zwischen 2013 und 2022 erfassten 90 Inseratekampagnen können miteinander verglichen werden.

Anfang 2019 hat Année Politique Suisse den Fokus von den Inseraten auf die redaktionelle Berichterstattung in den Zeitungen erweitert. Grundlage dazu bietet die Zeitungsausschnittsdokumentation, die Année Politique Suisse seit 1965 pflegt: Aus 35 Tages- und Wochenzeitungen werden alle Zeitungsartikel mit Bezug zur Schweizer Politik nach einem ausgeklügelten, rund 250 Themen umfassenden System klassiert (ca. 500 Artikel pro Woche). Damit lassen sich der Einfluss der direkten Demokratie auf die redaktionelle Themenkonjunktur und die Schwerpunktsetzung der Printmedien aufzeigen.

Beide Analysen wurden für die am 15. Mai 2022 zur Abstimmung stehenden Vorlagen durchgeführt: für die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes bezüglich Frontex («Frontex»), für die Änderung des Transplantationsgesetzes («Transplantationsgesetz») sowie für die Änderung des Filmgesetzes («Lex Netflix»).

## Die Inseratekampagnen

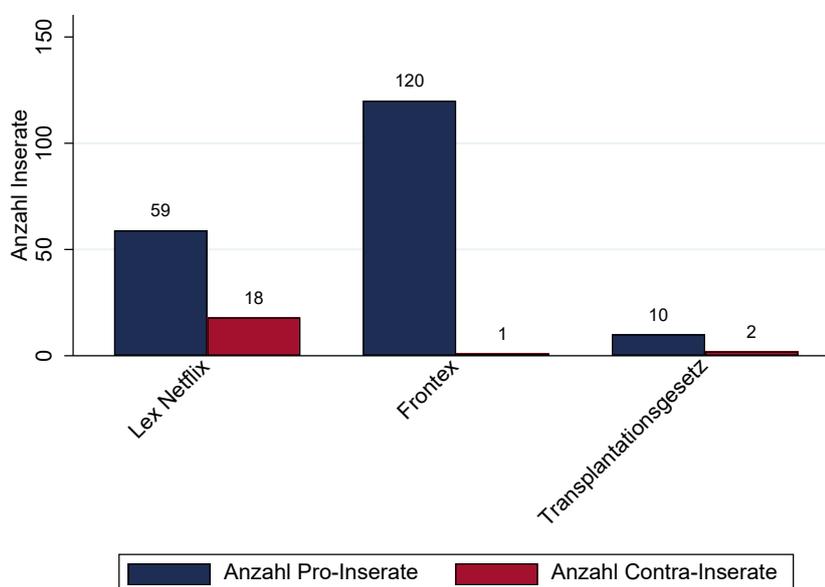
UNTERDURCHSCHNITTLICHE ANZAHL INSERATE

Wie Abbildung 1 (auf Seite 5) verdeutlicht, wurden alle drei Vorlagen vom 15. Mai 2022 in den Inseratespalten unterdurchschnittlich stark beworben. Am meisten Inserate konnten in den von uns untersuchten Zeitungen zum Frontex-Referendum gezählt werden (122), auch diese Vorlage liegt damit jedoch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (244 Inserate). Gleichzeitig befindet sie sich auch sieben Positionen unter dem Median (146 Inserate), der die 45 Vorlagen mit der höchsten von den 45 Vorlagen mit der niedrigsten Anzahl Inserate trennt. 77 Inserate wurden zur Lex Netflix gezählt und 13 zum Transplantationsgesetz. Nur sechs Vorlagen wurden somit seit 2013 weniger stark mit Inseraten beworben als die Vorlage zu den Organspenden.

MEHR INSERATE DER BEFÜRWORDENDEN

Bei allen drei Referenden schalteten die Befürwortenden überdies mehr Inserate als die Gegnerinnen und Gegner. Letztere publizierten einzig bei Lex Netflix eine nennenswerte Inseratekampagne, sie waren hier für etwa ein Viertel der Inserate zum Filmgesetz verantwortlich (23%). Beim Referendum zu Frontex wurde in den untersuchten Zeitungen lediglich ein ablehnendes Inserat gezählt (1%), beim Transplantationsgesetz zwei von zwölf (17%).<sup>1</sup>

ABB. 2: ANZAHL PRO- UND CONTRA-INSERATE (STICHTAG: 11 TAGE VOR ABSTIMMUNGSTERMIN)



UNGLEICHE KAMPAGNENVERLÄUFE

Die Inseratekampagne zum Frontex-Referendum startete in der sechsten Woche vor der Abstimmung und weist bisher eine ansteigende Häufigkeit auf: Ihren Höchststand scheint die Kampagne in der zweiten Woche vor der Abstimmung zu erreichen – hier wurden jedoch die Werte für die ersten drei Tage der Woche auf die ganze Woche hochgerechnet.

Die Pro-Kampagne zur Lex Netflix erfolgte bisher in zwei Wellen: Die Kampagne startete in der siebten Woche, erreichte ihren bisherigen Höhepunkt in der vierten Woche und wurde seither in verringertem Ausmass fortgeführt. Die Contra-Kampagne zur Lex Netflix in den untersuchten Inseratespalten startete erst drei Wochen vor Abstimmungstermin.

<sup>1</sup> Die Anzahl Pro- und Contra-Inserate stimmt nicht mit der totalen Anzahl Inserate überein, da dort noch vereinzelte neutrale Inserate mitgezählt wurden.

ABB. 1: ANZAHL INSERATE IM VERGLEICH (2013–2022, STICHTAG: 11 TAGE VOR ABSTIMMUNGSTERMIN)

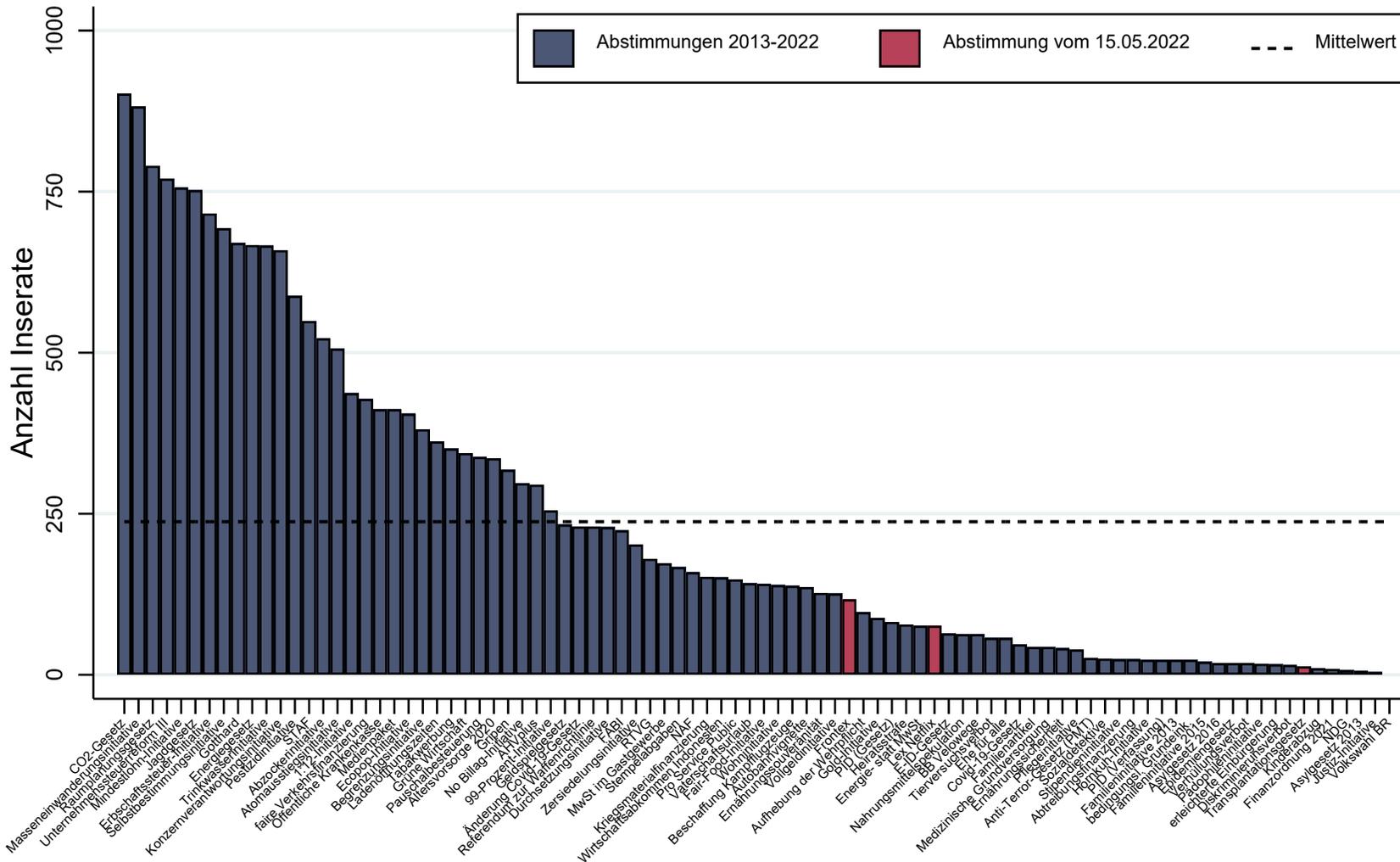
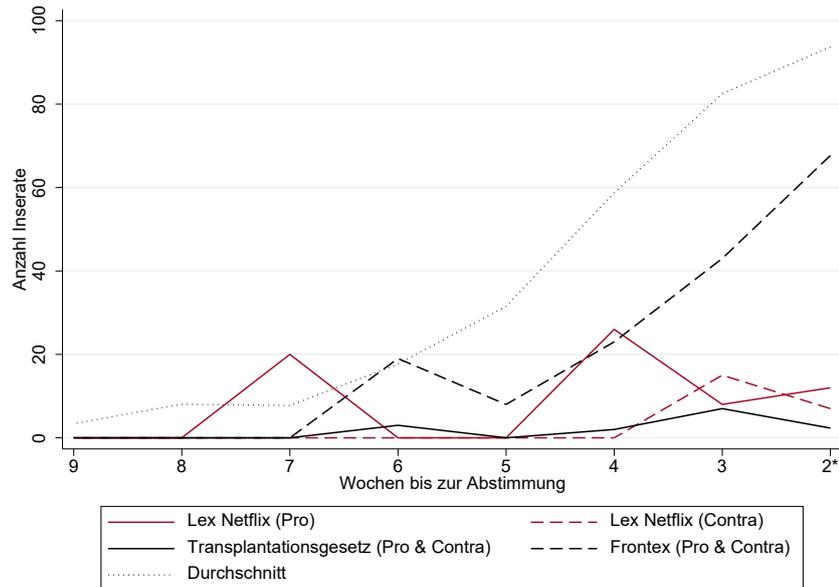


ABB. 3: ENTWICKLUNG DER INSERATEKAMPAGNEN (STICHTAG: 11 TAGE VOR ABSTIMMUNGSTERMIN)



## Auf welchen Argumenten basieren die Inserate?

### INHALT DER INSERATE ZU LEX NETFLIX

Die Befürwortenden von Lex Netflix stützen sich auf zahlreiche verschiedene Argumente. Sie werben insbesondere mit einer Förderung des Schweizer Films – etwa in der Hoffnung, dass ein zukünftiger Netflix-Hit aus der Schweiz kommen könnte – sowie mit fairen Verhältnissen gegenüber dem Ausland (je 28% aller Inserate): Einerseits gebe es eine solche Förderung auch in anderen (europäischen) Staaten, andererseits könne man damit den Abfluss von Geldern aus der Schweiz verringern. Zwei weitere häufig genannte Argumente stellen die wirtschaftlichen Vorteile der Vorlage in den Vordergrund. So soll das Filmgesetz einerseits die Wirtschaft ankurbeln (19% aller Inserate), etwa an den Drehorten und durch Werbung für den Schweizer Tourismus, andererseits soll sie eine Unterstützung für die Filmbranche (12% aller Inserate) darstellen.

Die Gegnerinnen und Gegner der Lex Netflix erachten das Gesetz hingegen in den meisten ihrer Inserate als unnötig, bevormundend und ungerecht, vereinzelt wird es auch als konsumentenfeindlich bezeichnet.

### INHALT DER INSERATE ZUM TRANSPLANTATIONSGESETZ

Die Befürwortenden des Transplantationsgesetzes werben hauptsächlich mit Testimonials von Direktbetroffenen: von Personen, die auf eine Organspende warten, von solchen, die bereits eine erhalten haben, und von deren Verwandten. Die Gegnerinnen und Gegner bezweifeln insbesondere die Wirkung des Gesetzes auf die Anzahl zur Verfügung stehender Spendenorgane.

### INHALT DER INSERATE ZU FRONTEx

Bei Frontex werben die Befürwortenden überwiegend mit der Sicherheit der Schweiz (55% aller Inserate). Ebenfalls vergleichsweise häufig genannt werden die Reisefreiheit der Schweizerinnen und Schweizer (27%), die durch eine Ablehnung der Vorlage auf dem Spiel stehe, und die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft, sollte das Gesetz abgelehnt werden (9%).

Dabei stellen die Inserate in den meisten Fällen zwar eine Verbindung dieser Aspekte zu Schengen her – sie verweisen etwa auf die Reisefreiheit dank Schengen –, warnen aber häufig nicht ausdrücklich vor einem Ausschluss der Schweiz aus Schengen/Dublin bei einem Nein zur Frontex-Vorlage (siehe Abbildung 4). In 35 Prozent der befürwortenden Inserate wird somit implizit vor einem Ausschluss der Schweiz gewarnt.

Explizit ausformuliert wird ein solcher Zusammenhang lediglich in 7 Prozent der Inserate (siehe Abbildung 5).

ABB. 4: BEISPIEL FÜR EINE IMPLIZITE WARNUNG VOR EINEM AUSSCHLUSS DER SCHWEIZ AUS SCHENGEN/DUBLIN



Quelle: Thurgauer Zeitung, 23. April 2022, S. 49

ABB. 5: BEISPIEL FÜR EINE EXPLIZITE WARNUNG VOR EINEM AUSSCHLUSS DER SCHWEIZ AUS SCHENGEN/DUBLIN



Quelle: Basler Zeitung, 04.05.2022, S. 4

## Vergleich des Frontex-Referendums mit dem Referendum zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie 2019

### INHALT DER INSERATE

Diese Warnungen vor den Folgen eines allfälligen Neins sind deshalb interessant, weil mit diesem Pro-Argument bei der Abstimmung zur EU-Waffenrichtlinie – der letzten Vorlage im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, im Mai 2019 noch viel häufiger ausdrücklich geworben worden war. Damals war in 42 Prozent aller Inserate mehr oder weniger ausdrücklich vor einem Ausschluss der Schweiz von Schengen/Dublin gewarnt worden (siehe Abbildung 6; implizite Warnungen gab es damals kaum).

ABB. 6: BEISPIEL FÜR EINE EXPLIZITE WARNUNG VOR EINEM AUSSCHLUSS DER SCHWEIZ AUS SCHENGEN/DUBLIN 2019

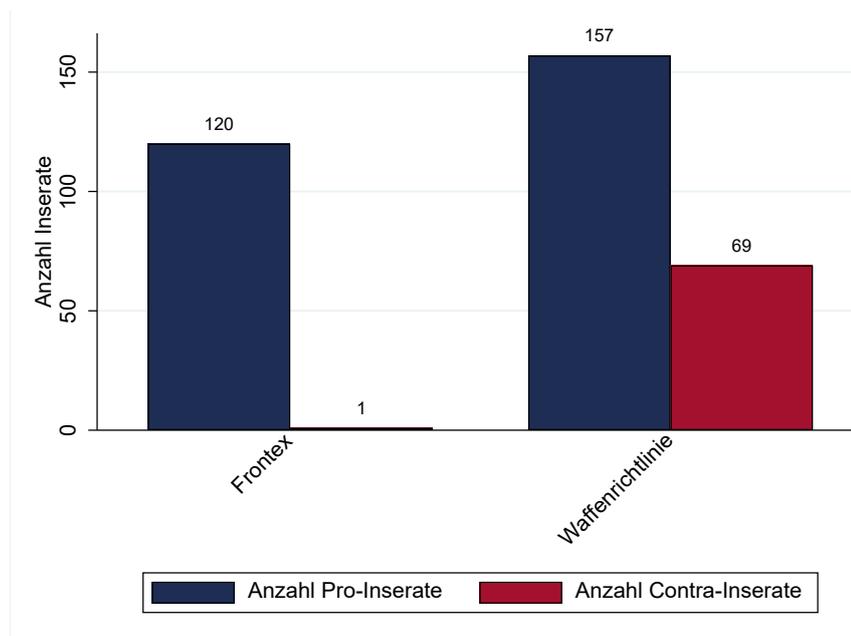


Quelle: Zentralschweiz am Sonntag, 12.05.2019, S. 4

GRÖßERE ANZAHL CONTRA-INSERATE

Zieht man weitere Vergleiche mit der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie von 2019, fällt auf, dass Letztere in den Inseratespalten deutlich stärker bekämpft wurde als die Frontex-Vorlage. In Verbindung mit den expliziteren Warnungen in den Inseraten zur Waffenrichtlinie vermuten wir, dass sich dies auch mit den unterschiedlichen Urheberinnen und Urhebern des Referendums erklären lässt: Das Referendum gegen die Waffenrichtlinie wurde von europakritischen Kreisen ergriffen. Diese hätten mit zusätzlichen Hürden bei den Beziehungen Schweiz-EU, die durch eine Ablehnung der Waffenrichtlinie geschaffen worden wären, wohl gut leben können. Das Frontex-Referendum stammt hingegen von linker Seite. Sollte die Ablehnung von Frontex wirklich zu einem Ausschluss aus Schengen/Dublin führen, wären die Konsequenzen für Befürworterinnen und Befürworter einer EU-Integration wohl deutlich unangenehmer.

ABB. 7: ANZAHL PRO- UND CONTRA-INSERATE IM VERGLEICH (STICHTAG: 11 TAGE VOR ABSTIMMUNGSTERMIN)



AUSMASS DER ZEITUNGS-BERICHTERSTATTUNG

Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den zwei Vorlagen lassen sich aber auch in der Zeitungsberichterstattung finden. So wurde über die Vorlage im Mai 2019 anteilmässig häufiger berichtet als heute über Frontex. Beträgt der Anteil Zeitungsberichte zu Frontex (als Anteil aller im Untersuchungszeitraum erschienen Zeitungsberichte zu einem nationalen politischen Thema) 3.9 Prozent, lag dieser Anteil 2019 bei der Waffenrichtlinie bei 4.6 Prozent (vgl. auch Tabelle 1 unten).

INHALT DER ZEITUNGS-BERICHTERSTATTUNG

Aber auch inhaltlich lassen sich Unterschiede zwischen der Berichterstattung zur Waffenrichtlinie und zu Frontex finden, die zudem ziemlich deckungsgleich sind mit den Inhalten der Inserate: In den 159 Zeitungsartikeln, die in den Wochen vor der Abstimmung zur Waffenrichtlinie in den von APS erfassten Printmedien erschienen waren, enthielten 32 im Titel oder im Lead eine explizite Warnung, dass ein Nein zu einem Ende der Zusammenarbeit bei Schengen/Dublin führen würde (20%).<sup>2</sup> Solche Warnungen findet man im Vorfeld der Frontex-Abstimmung eher selten: Von 155 Artikeln behandeln 11 (7%) im Titel oder im Lead mögliche negative Folgen eines Neins für die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Beispiele: «Schengen nicht aufs Spiel setzen» (Schaffhauser Nachrichten vom 26.3.19); «Le cauchemar d'une Suisse sans Schengen» (Le Temps vom 8.4.19); «Die Schweiz muss Änderungen des EU-Waffenrechts übernehmen, wenn sie Teil des Schengen-Raums bleiben will» (Südostschweiz vom 17.4.19).

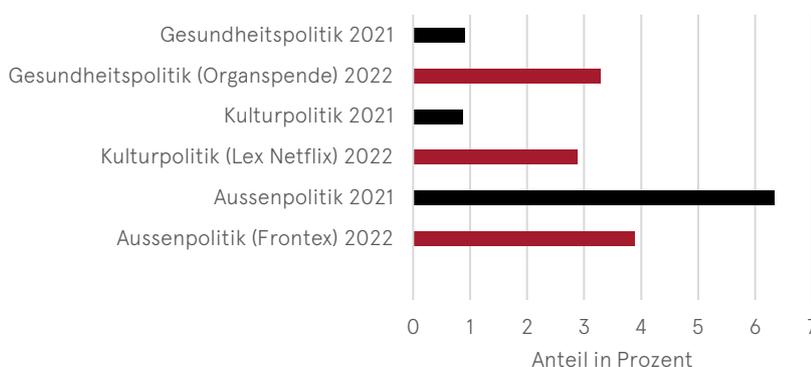
<sup>3</sup> In den Abstimmungserläuterungen wies der Bundesrat in beiden Fällen auf die Gefahr hin, dass ein Nein Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den Schengen/Dublin-Staaten haben kann.

## Umfang der Zeitungsberichterstattung

DIE APS-ANALYSE DER  
ZEITUNGSBERICHTERSTATTUNG

Seit 2019 analysiert APS neben dem Inseratevolumen auch den Umfang der printmedialen Berichterstattung zu den einzelnen Vorlagen in den acht Wochen vor dem Urnengang (aktuell: 21. März bis 4. Mai 2022). Dabei interessiert einerseits der Vergleich der printmedialen Themenkonjunktur im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor (22. März bis 5. Mai 2021; Abbildung 8). Hier lässt sich vor allem ablesen, wie Abstimmungsthemen die Medienberichterstattung beeinflussen. Andererseits kann der Anteil an Zeitungsartikeln zu einem bestimmten Abstimmungsthema mit anderen Abstimmungen verglichen werden. Damit lässt sich untersuchen, ob die von uns berücksichtigten Printmedien über einzelne anstehende Abstimmungsthemen häufiger berichten als über andere. Damit die Zahlen vergleichbar sind, basieren die Analysen jeweils auf der Anzahl Zeitungsartikel zu einem Thema als Anteil an allen in die APS-Zeitungsausschnittsdokumentation aufgenommenen Artikel zu Themen der nationalen Politik.

ABB. 8: ANTEIL ZEITUNGSBERICHTE AN DER GESAMTZAHL ALLER ZEITUNGSBERICHTE (21.3. BIS 4.5.22 UND 22.3. BIS 5.5.21)



VERGLEICHBAR HÄUFIGE  
BERICHTERSTATTUNG

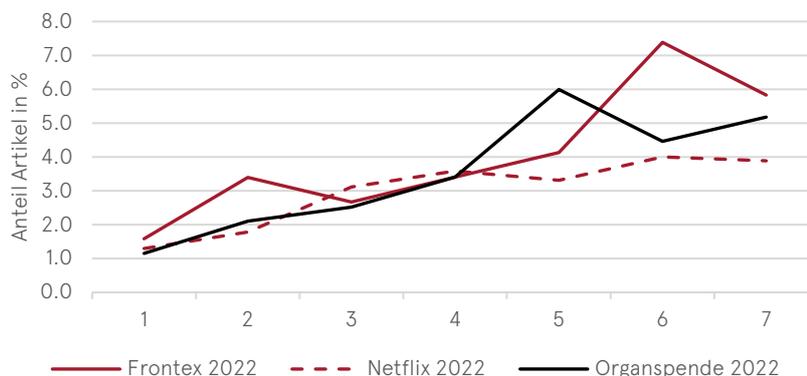
Abbildung 8 zeigt, dass die von APS analysierten Zeitungen in den letzten Wochen etwa gleich häufig über die drei Themen, die zur Abstimmung stehen, berichteten. Die Beziehungen Schweiz – EU (Frontex wird in der APS-Zeitungsausschnittsammlung diesem Themenbereich zugeordnet) stehen nur geringfügig häufiger im Fokus als Gesundheitspolitik (Organspenden) und Kulturpolitik (Lex Netflix). Ähnliche Resultate zeigen sich auch bei Udris (2022). Die Medienberichterstattung sollte also bei keiner der drei Vorlagen besonders mobilisierend wirken.

Interessant ist der Vergleich mit der Berichterstattung im gleichen Zeitraum vor einem Jahr. Im Schnitt wird in den von APS untersuchten Printmedien über ein Thema rund 8 Mal häufiger berichtet, sobald dazu eine Abstimmung ansteht. Die direkte Demokratie kann also als Treiber für Medienberichterstattung betrachtet werden. Dies ist in der aktuellen Abstimmungskampagne auch für die Organspende und das Filmgesetz der Fall – auch wenn der Multiplikationseffekt hier eher unterdurchschnittlich ist. Gar weniger als vor einem Jahr wird über Frontex bzw. das Thema «Beziehungen Schweiz-EU» berichtet. Dies hat vor allem damit zu tun, dass vor einem Jahr die gescheiterten Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen im Fokus der Medien standen.

Der Verlauf der Medienaufmerksamkeit zeigt für alle drei Vorlagen das ziemlich typische Bild im Vorfeld von Abstimmungskampagnen einer stetig ansteigenden Medienrelevanz (vgl. Abbildung 9). Der Peak bei der Frontex-Vorlage in der Woche vom 25. April ist auch dem Rücktritt von Fabrice Leggeri, dem Direktor der Grenzwa- geschuldet. Dieses Ereignis hatte zwar nicht direkt etwas mit der Abstimmungsvorlage

zu tun, kann aber sowohl inhaltlich als eben auch hinsichtlich gesteigener Medienrelevanz durchaus mobilisierend wirken.

ABB. 9: ENTWICKLUNG DER MEDIENBERICHTERSATZUNG IN DEN 8 WOCHEN VOR DER ABSTIMMUNG



UNTERSCHIEDLICHE MEDIENAUFMERKSAMKEIT FÜR UNTERSCHIEDLICHE ABSTIMMUNGSTHEMEN

In Tabelle 1 wird ersichtlich, dass einzelne Abstimmungsthemen unterschiedlich starke Medienaufmerksamkeit generieren. Im Vergleich aller 49 Vorlagen seit 2017 wurde über die beiden Covid-19-Referenden bzw. das Thema Epidemie in den rund 7 Wochen vor Abstimmung mit Abstand am meisten berichtet: Fast 15 bzw. 20 Prozent aller Zeitungsartikel mit nationalem politischem Inhalt waren damals diesem Thema gewidmet. Auf der anderen Seite der Skala stehen die Finanzordnung 2021 (Abstimmung im Februar 2018) und die Kinderabzüge (Abstimmung im September 2020), denen gerade mal knapp jeder 200ste bzw. jeder 100ste Artikel gewidmet war. Wie stark sich die Medien vor Abstimmungskampagnen teilweise auf einzelne Vorlagen konzentrieren, zeigt erneut das Beispiel der Finanzordnung. Bei dieser stand gleichzeitig die No-Billag-Initiative zur Abstimmung, über die seit 2017 anteilmässig am dritthäufigsten berichtet wurde.

Die drei aktuellen Vorlagen erhalten im 5-jährigen Vergleich unterdurchschnittliche Medienaufmerksamkeit. Gemessen am Artikelanteil findet sich die Berichterstattung über Frontex auf Rang 19 von 49, das Transplantationsgesetz auf Rang 27 und Lex Netflix gehört gar ins letzte Drittel der Vorlagen hinsichtlich Medienaufmerksamkeit.

TABELLE 1: ANTEIL  
ZEITUNGSARTIKEL PRO  
THEMA EINER  
ABSTIMMUNGSVORLAGE  
IN PROZENT

Abge- stimmt	Vorlage	Anteil (%)	Zeitraum der Erhebung	
12.02.17	erleichterte Einbürgerung	2.3	12.12.16	29.01.17
	NAF	3.2		
	Unternehmenssteuerreform III	10.6		
21.05.17	Energiegesetz	6.3	20.03.17	07.05.17
24.09.17	Ernährungssicherheit	1.4	24.07.17	10.09.17
	Altersvorsorge 2020 / Zusatzfinanzierung*	8.6		
04.03.18	Finanzordnung 2021	0.5	1.01.18	18.02.18
	No-Billag-Initiative	13.9		
10.06.18	Vollgeld-Initiative	3.5	9.04.18	27.05.18
	Geldspielgesetz	3.5		
23.09.18	BB Velowege	2.6	23.07.18	09.09.18
	Ernährungssouveränität / Fair-Food*	3.8		
25.11.18	Hornkuh-Initiative	2.4	24.09.18	11.11.18
	Selbstbestimmungsinitiative	5.3		
	Sozialdetektive	2.6		
10.02.19	Zersiedelungsinitiative	3.1	10.12.18	27.01.19
19.05.19	STAF	6.0	18.03.19	05.05.19
	Waffenrichtlinie	4.6		
09.02.20	Wohninitiative	2.5	09.12.19	26.01.20
	Diskriminierungsverbot	4.2		
27.09.20	Begrenzungsinitiative	6.6	27.07.20	13.09.20
	Jagdgesetz	2.6		
	Kinderabzüge	1.1		
	Vaterschaftsurlaub	2.5		
	Kampfflugzeuge	2.9		
29.11.20	Konzernverantwortungsinitiative	7.8	5.10.20	22.11.20
	Finanzierungsverbot Kriegsmaterial	2.1		
07.03.21	Verhüllungsverbot	2.8	11.1.21	28.2.21
	Elektronische Identifizierungsdienste	2.6		
	Abkommen mit Indonesien	2.4		
13.06.21	Pestizidinitiative	4.0	19.04.21	06.06.21
	Trinkwasserinitiative	3.6		
	Co2-Gesetz	7.7		
	Bekämpfung von Terrorismus	2.9		
	Covid-19-Gesetz	14.1		
26.09.21	Ehe für alle	5.5	02.08.21	19.09.21
	99%-Initiative	3.9		
28.11.21	Änderung des Covid-19-Gesetzes	19.9	04.10.21	21.11.21
	Justiz-Initiative	2.7		
	Pflegeinitiative	3.5		
13.02.22	Tabakwerbeverbot	3.4	20.12.21	06.02.22
	Tierversuchsverbot	2.8		
	Stempelsteuer	6.8		
	Medienpaket	6.7		
15.05.22	Frontex	3.9	21.03.22	04.05.22 <sup>a)</sup>
	Lex Netflix	2.9		
	Transplantationsgesetz	3.3		
Durchschnitt		4.78		

\* zwei Vorlagen mit dem gleichen politischen Thema. a) 44 statt 48 Tage

## Literatur

LITERATURVERZEICHNIS

Udris, Linards (2022). Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 15. Mai 2022 – Zwischenbericht. Zürich: fög. [https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:016b2a64-05e2-4d2d-bada-e149375d2faa/Abstimmungsmonitor\\_ZB\\_Mai\\_2022.pdf](https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:016b2a64-05e2-4d2d-bada-e149375d2faa/Abstimmungsmonitor_ZB_Mai_2022.pdf)

## Erfasste Pressetitel

AUSWAHL DER PRESSETITEL

In der vorliegenden Analyse wurden 51 respektive 35 Pressetitel berücksichtigt. Neben den wichtigsten überregionalen Presseerzeugnissen wurde für jeden Kanton mindestens eine Zeitung ausgewählt, wobei die Auflagenstärke (gemäss WEMF 2015) als Selektionskriterium diente. Insgesamt 42 Publikationen wurden jeweils einem Kanton zugeordnet, während 7 Pressetitel einen überregionalen Charakter aufweisen.

**TABELLE A.1**  
ERFASSTE PRESSETITEL

	Titel	Sprachregion	Kanton/Region	Ausgabe/Woche
ÜBERREGIONALE TAGESPRESSE	Neue Zürcher Zeitung	Deutschschweiz	überregional	6
	Le Temps	Romandie	überregional	6
REGIONALPRESSE	Aargauer Zeitung	Deutschschweiz	AG	6
	Appenzeller Zeitung	Deutschschweiz	AR	6
	Appenzeller Volksfreund	Deutschschweiz	AI	4
	Basler Zeitung	Deutschschweiz	BS	6
	Basellandschaftliche Zeitung	Deutschschweiz	BL	6
	Berner Zeitung	Deutschschweiz	BE	6
	Bote der Urschweiz	Deutschschweiz	SZ	6
	Bund, Der	Deutschschweiz	BE	6
	Neue Luzerner Zeitung	Deutschschweiz	LU	6
	Neue Nidwaldner Zeitung	Deutschschweiz	NW	6
	Neue Obwaldner Zeitung	Deutschschweiz	OW	6
	Neue Urner Zeitung	Deutschschweiz	UR	6
	Neue Zuger Zeitung	Deutschschweiz	ZG	6
	Schaffhauser Nachrichten	Deutschschweiz	SH	6
	Solothurner Zeitung	Deutschschweiz	SO	6
	St. Galler Tagblatt	Deutschschweiz	SG	6
	Südostschweiz, Die (Glarus)	Deutschschweiz	GL	6
	Südostschweiz, Die (Graubünden)	Deutschschweiz	GR	6
	Tages-Anzeiger	Deutschschweiz	ZH	6
	Thurgauer Zeitung	Deutschschweiz	TG	6
	Walliser Bote	Deutschschweiz	VS	6*
	24 heures	Romandie	VD	6
	L'Express	Romandie	NE	6
	Liberté, La	Romandie	FR	6
	Nouvelliste, Le	Romandie	VS	6
	Quotidien Jurassien, Le	Romandie	JU	6
	Tribune de Genève	Romandie	GE	6
Corriere del Ticino	Ital. Schweiz	TI	6	
Regione Ticino, La	Ital. Schweiz	TI	6*	
BOULEVARDPRESSE	Blick	Deutschschweiz	überregional	6

GRATISZEITUNGEN	20 Minuten (Basel)	Deutschschweiz	BS	5*
	20 Minuten (Bern)	Deutschschweiz	BE	5*
	20 Minuten (Luzern)	Deutschschweiz	LU	5*
	20 Minuten (St. Gallen)	Deutschschweiz	SG	5*
	20 Minuten (Zürich)	Deutschschweiz	ZH	5*
	20 minutes (Genève)	Romandie	GE	5*
	20 minutes (Lausanne)	Romandie	VD	5*
	20 minuti (Ticino)	Ital. Schweiz	TI	5*
SONNTAGSPRESSE	Ostschweiz am Sonntag	Deutschschweiz	SG	1
	SonntagsBlick	Deutschschweiz	überregional	1
	Sonntagszeitung	Deutschschweiz	überregional	1
	NZZ am Sonntag	Deutschschweiz	überregional	1*
	Zentralschweiz am Sonntag (Luzern)	Deutschschweiz	LU	1*
	Zentralschweiz am Sonntag (Zug)	Deutschschweiz	ZG	1*
	Le Matin Dimanche	Romandie	überregional	1*
	La Domenica	Ital. Schweiz	TI	1*
	Mattino della Domenica, II	Ital. Schweiz	TI	1*
WOCHENPRESSE	Weltwoche	Deutschschweiz	überregional	1
	WOZ Die Wochenzeitung	Deutschschweiz	überregional	1
DIGITALE PRESSE	Republik	Deutschschweiz	überregional	**

\* nur Codierung der Inserate, nicht aber der Zeitungsberichte

\*\* nur Codierung der Zeitungsberichte, nicht aber der Inserate